

**Tanja Busse**

**Stellungnahme zu den Leitfragen des Parlamentarischen Beirats für  
Nachhaltige Entwicklung zur nachhaltigen Landwirtschaft  
für die öffentliche Anhörung am 20. Februar 2013**

**zur ersten Frage: Ist die aktuelle Definition des Indikators 12 B  
„Ökologischer Landbau“ zielführend? Welche Indikatoren wären geeignet,  
um die Nachhaltigkeit landwirtschaftlicher Produktion besser abbilden zu  
können?**

Ich halte beide Indikatoren für richtig und empfehle sie beizubehalten.

Was **ökologischer Landbau** genau beinhaltet, ist europaweit bis ins Detail geregelt. Außerdem gibt es Kontrollsysteme zur Überwachung der Einhaltung dieser Kriterien.

Neben diesem etablierten System nun eine Parallelstruktur für nachhaltige Landwirtschaft entwickeln (mit ohnehin beinahe identischen Kriterien), halte ich für unnötigen bürokratischen Aufwand, der die Konsumenten mit Recht verwirren würde. Eine solche Neu-Definition birgt auch die Gefahr von Definitionslücken und weichen Anforderungen, die als Schlupflöcher mißbraucht werden könnten.

Zahlreiche Studien belegen die Nachhaltigkeit der ökologischen Landwirtschaft (die im übrigen von Landwirten eben deshalb entwickelt wurde: weil sie die Entwicklungen in sogenannten konventionellen Landwirtschaft – vor allem den Pestizideinsatz, die erzwungene Spezialisierung, die Verengung der Fruchtfolge, den Zwang zum Wachsen - als nicht nachhaltig empfunden haben).

Der Indikator **Stickstoffüberschuss** wiederum zielt auf das Problem der anthropogenen Veränderungen der natürlichen Stoffkreisläufe. Im September 2009 hat eine Gruppe um den Ressourcenforscher Johan Rockström, Direktor

des Stockholm Resilience Center, vor den Folgen dieser Veränderungen gewarnt.<sup>1</sup> Danach gibt es Grenzen, die die Menschheit besser nicht überschreiten sollten, wenn sie nicht unkalkulierbare Umweltveränderungen riskieren will. Drei von neun kritischen Grenzen halten die Wissenschaftler für schon überschritten: Klimawandel, Verlust von Biodiversität und der Stickstoffkreislauf. Alle drei werden in hohem Maße durch die Art, wie wir Landwirtschaft betreiben, beeinflusst. Insofern halte ich auch den Indikator Stickstoffüberschuss für geeignet, die Nachhaltigkeit von Landwirtschaft in Deutschland zu beurteilen.

Ich unterstütze ausdrücklich die Empfehlung, wieder eine zeitliche Vorgabe für den Indikator „ökologische Landwirtschaft“ festzuschreiben, um so konkrete politische Maßnahmen auf den Weg zu bringen, die es Landwirten erleichtern, auf ökologische Landwirtschaft umzustellen. Der Begriff Nachhaltigkeit ist in den letzten Jahren sehr verwässert und droht zur Farce zu werden, wenn zwar immerzu von Nachhaltigkeit geredet wird, aber keine Nachhaltigkeit praktiziert wird. Die Nachfrage nach Biolebensmitteln in Deutschland steigt kontinuierlich, gleichzeitig aber auch der Import von Biolebensmitteln für den deutschen Markt, auch von solche Waren, die ebensogut regional angebaut werden könnten. Bio-Kürbiskerne aus China sind aber nicht die Krone der Nachhaltigkeit.

Zum Begriff der Nachhaltigkeit gehört neben der ökologischen auch die **ökonomische und soziale Nachhaltigkeit**. Das seit Jahrzehnten anhaltende **Höfesterben** zeigt, dass die ökonomische Situation vieler Betriebe ausgesprochen nicht-nachhaltig ist. Das aber ist keine Folge der Unfähigkeit der Betriebsleiter, sondern die Höfe sind nicht mehr rentabel, weil sie nicht groß

---

<sup>1</sup> Rockström, Johan u.a.: A safe operating place for humanity, Nature Nr. 461 vom 24.9. 2009, S. 472-475. Eine englische Zusammenfassung findet sich hier: [www.nature.com/nature/journal/v461/n7263/full/461472a.html](http://www.nature.com/nature/journal/v461/n7263/full/461472a.html).

genug sind, um bei fallenden Preisen enorme Investitionen in neue Technik und neues Land stemmen zu können. Die *economy of scale* aber führt zu einer nicht-nachhaltigen Industrialisierung der Agrarproduktion und zum Ende der bäuerlichen Landwirtschaft, die das soziale Leben auf dem Land über Jahrhunderte geprägt hat. Das Höfesterben hat eklatante Folgen für die soziale Struktur der Dörfer. Der bäuerliche Familienbetrieb sollte deshalb nicht als reine ökonomische Größe, sondern auch in seiner ökologischen und sozialen Funktion betrachtet werden. Ich schlage vor, Höfesterben bzw. Hoferhalt als Indikator (oder Teil-Indikator) zur nachhaltigen Landwirtschaft aufzunehmen.

Um das Höfesterben zu stoppen, bräuchte man nachhaltige Erzeugerpreise. Das Modell der „fairen Milch“ hat in meinen Augen Vorbildcharakter: Dabei bestimmen die Landwirte ausgehend von Vollkostenrechnungen für ihre Milchproduktion, wie viel Milch sie pro Liter brauchen, um ihre Höfe rentabel zu bewirtschaften und so für die nachfolgende Generation zu erhalten. So könnte man von **nachhaltigen Preise** sprechen, die für eine nachhaltige Landwirtschaft notwendig sind. Die Upländer Bauernmolkerei, die dieses Modell entwickelt hat, ist damit seit Jahren am Markt erfolgreich. Es zeigt sich, dass die Konsumenten den Mehrwert der Nachhaltigkeit und des Höfeerhalts wertschätzen und bereit sind, dafür mehr zu zahlen (Voraussetzung dafür ist die Glaubwürdigkeit des Unternehmens).

### **zur zweiten Frage: Welche Bewertungskriterien zur Nachhaltigkeit der Landwirtschaft gibt es?**

Die Kriterien für ökologische Landwirtschaft bieten sich als Meßlatte für nachhaltige Landwirtschaft an.

Ergänzt werden könnten sie durch Kriterien zur Bewertung von Artenvielfalt, der genetischen Breite der Nutztiere und –pflanzen, der Fruchtfolge, für hofeigene und regionale Futtermittelkreisläufe und Vermarktungsstrukturen, außerdem durch einen Prozentwert von Betriebsaufgaben als Meßgröße für soziale und ökonomische Nachhaltigkeit.

**zur dritten Frage: Wie kann Transparenz und Glaubwürdigkeit für den Verbraucher verbessert werden und welche Ansätze gibt es, um Nachhaltigkeit innerhalb der Lebensmittelkette zu stärken?**

### **1. Der Verbraucher muss wissen dürfen!**

Das Verbraucherinformationsgesetz muss auf Unternehmen ausgeweitet werden. Der Verbraucher hat ein Recht, Zutaten, Herstellungsverfahren, auch Herkunftsorte und Handelswege (Pferdefleisch!) zu erfahren. Alle Zutaten müssen rückverfolgbar sein: Die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft fordert, dass sich auch die Hersteller der Rückverfolgbarkeitspflicht unterwerfen, der die Landwirte schon lange unterstehen. Diese Forderung unterstütze ich ausdrücklich. Das Betriebsgeheimnis darf nicht länger ein Deckmantel für ein generelles Verschweigerecht von Unternehmen sein. Die Untersuchungsergebnisse von staatlichen Kontrollen müssen öffentlich gemacht werden.

### **2. Die Zutatenliste soll alle Zutaten auflisten!**

Komplizierte juristische Regelungen erlauben es, einzelne Zutaten von Lebensmitteln nicht oder unverständlich auf der Zutaten aufzuführen, Lösungsmittel, Trägerstoffe, technische Hilfsstoffe müssen nicht genannt werden, andere dürfen sich unter Oberbegriffen wie zB Trockenmilcherzeugnis

verbergen, so dass nicht einmal Lebensmitteltechnologe wissen, worum es sich handelt und wie es verarbeitet wurde.

### **3. Das Irreführungsverbot muss durchgesetzt werden!**

Paragraph 11 des Lebensmittel- und Futtermittelgesetzbuches verbietet irreführende Werbung – tatsächlich aber wird es kaum durchgesetzt. Bilder von Weidekühen zieren Milchtüten mit Milch von Kühen, die nie auf der Weide standen, Herkunftsnachweise (zB Alpenmilch) werden großzügig ausgelegt und nicht geahndet etc.

### **4. Nur Siegel sollen wie Siegel aussehen dürfen!**

Für Verbraucher ist es sehr undurchsichtig, welcher Siegel-ähnlichen Aufdrucke tatsächlich auf harten Kriterien und unabhängigen Kontrolleuren beruhen und welche mehr oder weniger Eigenwerbung der Hersteller sind.

### **5. Wo GVO drin ist, muss GVO drauf stehen.**

Ich unterstütze die Forderung nach einer Kennzeichnungspflicht für Lebensmittel, die aus Fütterung mit GVO-Futtermitteln entstanden sind.

### **Zur Nachhaltigkeit innerhalb der Lebensmittelkette:**

Ein Nachhaltigkeitslabel parallel zum Bio-Siegel zu etablieren, halte ich aus den oben aufgeführten Gründen für schwierig. Die Bemühungen um Siegel für nachhaltiges Soja und Palmöl (RTRS und RSPO) zeigen, dass die damit erzielten Verbesserungen bei weitem nicht ausreichen, um Nachhaltigkeit zu garantieren. Im Gegenteil: Meine Recherchen auf Sumatra haben mir deutlich vor Augen geführt, dass das RSPO-Siegel als Greenwashing mißbraucht wird. Deshalb halte ich eine Regionalisierung der Lebensmittelproduktion für unumgänglich, verbunden mit festen Lieferbeziehungen und engen Produzenten-Hersteller-Kontakten. Das Regionalfenster ist ein erster guter Schritt in diese Richtung.

Meiner Ansicht nach könnten, statt komplizierter Nachhaltigkeitskoeffizientenberechnungen, politische Schritte helfen, die zwei Schlüsselveränderungen in Gang bringen würden:

Erstens ein Förderprogramm für die **solidarische oder csa-Landwirtschaft** (community supported agriculture, in den USA weit verbreitet, in Deutschland Vorreiter: Buschberghof und Kattendorfer Hof bei Hamburg, auch Freihofbewegung genannt),

zweitens eine **Neuregelung der Schulverpflegung**: eine Verpflichtung für Schulen und Kindergärten, selbst zu kochen, aus regionalem, saisonalen und ökologischen Anbau, mit Beteiligung der Kinder beim Ernten, Verarbeiten, Kochen als Teil des Unterrichts.

Beide Schritte würden vielen Konsumenten Alternativen zur gesundheitsschädlichen fast-food-Ernährung überhaupt erst vor Augen führen, regionale Wirtschaftsbeziehungen, Transparenz, Glaubwürdigkeit, Partizipation, Verantwortungsbewußtsein und die Nachhaltigkeit der Lebensmittelproduktion insgesamt stärken.